

eMail vom 23. 09. 2021

Sehr geehrte Frau Klee,

haben Sie vielen Dank für Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Bundestagswahl 2021.

Ihre Fragen beantworten wir gerne wie folgt:

1. Hat Ihre Partei eine grundsätzliche Haltung zur Prostitution?

JA Wir befürworten Prostitution, weil...

NEIN Wir lehnen Prostitution ab, weil...

Wir Freie Demokraten sprechen uns für legale Prostitution aus, weil die persönliche Freiheit und damit die sexuelle Selbstbestimmung über den eigenen Körper für uns von zentraler Bedeutung sind. Dazu gehört auch die Möglichkeit zur freiwilligen Sexarbeit. Diese muss gemäß rechtsstaatlicher Vorgaben und in gesicherten Rahmenbedingungen möglich sein.

2. Wenn Sie Prostitution ablehnen, wie begründen Sie die damit einhergehende Einschränkung der Grundrechte (Art. 1 + 2 + 3 GG, Art 12 GG, Art. 13 GG, Art. 19 GG) für Sexarbeiter*innen und Bordellbetreiber*innen?

Siehe Antwort auf Frage 1.

3. Wenn Sie Prostitution akzeptieren, wie stehen Sie zu der Diskriminierung von Sexarbeiter*innen, Bordellbetreiber*innen und Kunden (z. B. regelmäßige gesundheitliche Beratungs- und Anmeldepflicht, höhere Auflagen für Bordellbetreiber*innen, Beweislastumkehrung für Kunden: § 232 a Abs. 6 StGB)?

Wir wenden uns gegen Diskriminierungen und Benachteiligungen in der legalen Prostitution. Das Prostitutionsgesetz (ProstG, 2002) und das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG, 2017) haben hierbei ihre Ziele noch nicht erreicht. Wir treten für das sexuelle Selbstbestimmungsrecht, vertraglich gesicherte Arbeitsbedingungen, die Stärkung des Schutzes der Gesundheit von selbstbestimmten Sexarbeitern/-innen sowie für die Verbesserung der Rechtssicherheit für die legale Ausübung von Sexarbeit ein.

4. Verfolgt Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode bestimmte Aktivitäten zum Bereich Prostitution (z. B. Gesetzgebungsverfahren)?

Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat in dieser Legislaturperiode mit dem Antrag „Menschenhandel und Zwangsprostitution in Deutschland nicht länger hinnehmen – Menschen in der Prostitution schützen und Selbstbestimmung stärken“ (BT-Drs. 19/29265) einen umfangreichen Forderungskatalog vorgelegt. Darin setzte sie sich insbesondere dafür ein, dass in Zusammenarbeit mit den Bundesländern eine langfristige Strategie erarbeitet wird, die zu einer praxisnahen Verbesserung der Situation für Prostituierte in Deutschland führt und Grund- und Menschenrechte gewährleistet.

5. Pflegen Sie Kontakte/einen Austausch mit den Akteuren der Prostitution?

Ja. Unsere Position beruht unter anderem auf einem regelmäßigen Austausch mit Verbänden und Akteuren aus dem Bereich Prostitution und den aus diesem Austausch gewonnenen Informationen und Erkenntnissen.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Mayer

Programm und Analyse

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

monika.mayer@fdp.de

T: 030 284958-56

www.fdp.de

Datenschutzhinweis: Die Freie Demokratische Partei (FDP) e.V. (Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, Tel: +49-30-2849580, info@fdp.de) verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten zur Beantwortung Ihrer E-Mail. Mehr Informationen zum Datenschutz, insbesondere zu Ihren Betroffenenrechten, finden Sie unter: <http://fdp.de/dsgvo-information>